



Niederschrift

16-010. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses

am Freitag, 02.02.2007, 08:30 Uhr bis 11:45 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes (Neubau) in
Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Sonderprüfung beim Eigenbetrieb Neue Wege im Jahr 2006
- Bericht und Abschlussvermerk des Revisionsamtes des Krei-
ses Bergstraße -
- Punkt 2 Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 2.1 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Genehmi-
gungsverfügung des Regierungspräsidiums Darmstadt zum
Haushalt 2007

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Schneider, Gottfried CDU

Ausschussmitglieder:

Gärtner, Karin	CDU	in Vertretung für Gisela Metzger
Kunkel, Joachim	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Dr. Vonderheid, Ulrich	CDU	
Fiedler, Josef	SPD	
Hartmann, Karin	SPD	
Herbert, Gerhard	SPD	bis 11.05 Uhr
Hechler, Katrin	SPD	in Vertretung für Gerhard Herbert ab 11.05 Uhr
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Figaj, Thilo	GRÜNE	in Vertretung für Jochen Ruoff
Öhlenschläger, Walter	FWG	in Vertretung für Ingrid Berbner
von Hunnius, Roland	FDP	

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Hoch, Haymo REP
Jojade, Jürgen WASG

Kreisausschuss:

Lehberg, Jürgen, Erster Kreisbeigeordneter	CDU
Götz, Fritz	SPD
Sander, Brigitte	SPD
Schneider, Otto	SPD

Fraktionsvorsitzende:

Dr. Vonderheid, Ulrich
Hechler, Kathrin
Dr. Greif, Martin
Hoch, Haymo
Jojade, Jürgen

CDU - siehe auch Ausschussmitglieder
SPD - siehe auch Ausschussmitglieder
FWG
REP - siehe auch Ausschussmitglieder
WASG - siehe auch Ausschussmitglieder

stellvertretende Kreistagsvorsitzende:

Öhlenschläger, Walter
von Hunnius, Roland

FWG - siehe auch Ausschussmitglieder
FDP - siehe auch Ausschussmitglieder

Verwaltung:

Hartl, Manfred
Mai, Sigrid
Ende, Karin
Wagner, Annette
Burelbach, Rainer
Frölich, Dorothea
Frau Linnerdt
Herr Bayer
Herr Sattler
Helbig, Michael
Pfeifer, Jutta
Bartelheimer, Ellen
Schüßler, Helene

Revisionsamt
Revisionsamt
Revisionsamt
Revisionsamt
Eigenbetrieb Neue Wege
Eigenbetrieb Neue Wege
Eigenbetrieb Neue Wege
Eigenbetrieb Neue Wege
Eigenbetrieb Neue Wege
Gesamtpersonalrat – zeitweise
Personalrat - zeitweise
Personalrat - zeitweise
KT-Büro und Büro des Kreisausschusses
- zeitweise
Auszubildende - zeitweise

Pfeifer, Jessica

Schriftführer:

Fasser, Helmut

KT-Büro und Büro des Kreisausschusses

Der Ausschussvorsitzende eröffnete um 08:30 Uhr die 16-010. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

**Sonderprüfung beim Eigenbetrieb Neue Wege im Jahr 2006
- Bericht und Abschlussvermerk des Revisionsamtes des Kreises Bergstraße -**

Vorsitzender Gottfried Schneider ging zunächst noch einmal auf die zurückliegende Arbeit des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses als Akteneinsichtsausschuss im Sommer und Herbst letzten Jahres ein, als er sich mit der gleichen Problematik für den gleichen Prüfungszeitraum befasst habe. Den Bericht des Ausschusses habe er dem Kreistag in seiner Sitzung am 30. Oktober 2006 vorgetragen.

Vor Abschluss der Tätigkeit des Akteneinsichtsausschusses habe der Erste Kreisbeigeordnete am 7. September und der Kreistag am 18. September 2006 das Revisionsamt des Kreises beauftragt, eine Sonderprüfung beim Eigenbetrieb Neue Wege durchzuführen und das Ergebnis dem Kreisausschuss und dem Haupt-, Finanz- und Personalausschuss schriftlich mitzuteilen.

Der Bericht sei mit Schreiben vom 21. November 2006 an den Landrat, den Ersten Kreisbeigeordneten, den HFGA-Vorsitzenden und den stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden von Hunnius übermittelt worden. Darüber hinaus sei er wohl auch dem Kreistagsvorsitzenden überlassen worden.

Er selbst habe von dem Bericht nach seinem Urlaub am 4. Dezember 2006, dem Tag der letzten Kreistagssitzung, Kenntnis erhalten. Das Abschlussgespräch, wie nach derartigen Prüfungen üblich, habe bis dahin nicht stattgefunden, sondern erst später am 21. Dezember 2006. Eine Änderung des Prüfberichts sei nicht erfolgt, die Ergebnisse des Gesprächs in dem vorliegenden „Abschlussvermerk“ zusammengefasst, aus dem u. a. auch unterschiedliche Betrachtungsweisen hervorgehen, da offensichtlich die rechtlichen Grundlagen je nach Betrachtung und Standpunkt unterschiedlich ausgelegt werden könnten und würden (wie z. B. hinsichtlich des Begriffs „Angelegenheiten der laufenden Verwaltung“).

Abschließend zitierte der Vorsitzende die letzten drei Absätze des Abschlussvermerks mit Ausführungen zu dem im Bericht beschriebenen und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales konkretisierten Verwaltungs- und Kontrollsystem und dem Inhalt des Eingliederungsberichtes sowie zu den seitens des Dezernenten und der Verwaltung bereits ergriffenen bzw. beim Eigenbetrieb in Auftrag gegebenen organisatorischen Maßnahmen. Weiter merkte der Vorsitzende an, dass zwischenzeitlich auch die Eigenbetriebsatzung geändert worden sei.

Die zwischenzeitlich erfolgten öffentlichen Diskussionen in den und über die Medien gingen an keinem Verantwortlichen spurlos vorbei und schon gar nicht an den Betroffenen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des kommunalen Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße. Diese hätten sich in einem von etwa 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterschriebenen Mitarbeiterbrief an den Dienstherrn Landrat Wilkes gewandt. Der Landrat, der heute aus terminlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen könne, habe ihn nach Einholung des Einverständnisses der Unterzeichner gebeten, den Brief im Ausschuss zu verlesen und damit öffentlich zu machen.

Im Folgenden zitierte er den Mitarbeiterbrief (der auch an die Ausschussmitglieder verteilt wurde), um anschließend dem Ersten Kreisbeigeordneten und Dezernenten Lehberg Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Prüfbericht und dem Abschlussvermerk zu geben. In erster Linie sah er dabei organisatorische und verwaltungstechnische Probleme angesprochen, die durch den Kreisausschuss bzw. die ihm zuzurechnende Betriebskommission in ihrer Funktion als Organ des Kreisausschusses zu regeln seien - und nicht des Kreistages.

In einer Anmerkung nahm der Vorsitzende die Tatsache auf, dass der Bericht und Inhalte davon am 15. Januar 2007 erstmals und danach wiederholt in der örtlichen Presse aufgetaucht seien, als das Ergebnis der Abschlussbesprechung noch gar nicht offiziell vorgelegen habe. Inzwischen verfüge die Presse, wie auch immer, über den kompletten Bericht mitsamt Abschlussvermerk und habe auch überregional Interesse (z. B. in der aktuellen Ausgabe der "Zeit") erregt. Ihm persönlich sei dies nicht erklärlich.

Mehrfach mahnte der Vorsitzende im Verlauf der Aussprache an, diese auf den Prüfungszeitraum Januar bis Juli 2006 zu beschränken, da weitergehende Aussagen in dem Bericht nicht enthalten seien.

Erster Kreisbeigeordneter Lehmborg ging zunächst auf die unterschiedlichen und strittigen Meinungen zu dem Begriff der "laufenden Verwaltung" bzw. der "laufenden Betriebsführung" sowie zu den anzuwendenden oder nicht anzuwendenden Vergabevorschriften ein. Die Betriebssatzung in ihrer ursprünglichen Fassung habe die Betriebsleitung ermächtigt, Geschäfte abzuschließen. Mit der Änderung vom 18. September 2006 seien nunmehr alle Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unter den Genehmigungsvorbehalt der Betriebskommission gestellt.

Für die Vergangenheit werde man sich schwer tun, eine "absolut richtige" Meinung über die geleistete Arbeit zu finden.

Bei der Vergabe von Leistungen und in der Frage der Notwendigkeit von Ausschreibungen gebe es die Problematik, dass es zu den vielfältigen neuen rechtlichen Bestimmungen noch keine höchstrichterliche Rechtsprechung und in den Kommentaren widersprüchliche Ausführungen gebe. So bringe auch der Erlass des Hessischen Sozialministeriums vom November 2005 keine absolute Klarheit, wie dessen letzter Absatz zeige (Zitat: "Ich weise abschließend darauf hin, dass diese Rechtsfrage in Schrifttum und bisheriger Rechtsprechung sehr strittig ist und ein höchstrichterliches Urteil in der Sache bislang nicht ergangen ist. Ich werde die Rechtsprechung hierzu genau verfolgen und Sie von Änderungen der Rechtslage zeitnah unterrichten.") Damit sei praktisch schon alles zur Frage der Ausschreibungspflicht gesagt. Diese Problematik stelle sich nicht nur im Kreis Bergstraße, sondern in allen optierenden Gebietskörperschaften.

Bei allem sollte aber auch nicht vergessen werden, dass der Eigenbetrieb erfolgreich arbeite. Der Mitarbeiterschaft gebühre dafür ein Kompliment. In 2006 habe es rund 1.500 Vermittlungen in den 1. Arbeitsmarkt gegeben. Dem Kreis hätten rund 4,5 Mio. Euro bei den Unterkunftskosten erspart werden können. Auch der Bund habe dadurch Einsparungen. Wenn nun weiter gesagt werde, dass dem Bund ein Schaden entstanden sei, sollte gesehen werden, dass auch beim Arbeitslosengeld II erhebliche Summen nicht verausgabt worden seien und die Zahl der Bedarfsgemeinschaften weiter sinke.

Der Eingliederungsbericht für 2005 sei an das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Mai 2006 ergangen.

Nicht vergessen werden sollte, dass beim Kreis Bergstraße eine völlig neue Organisationseinheit mit unterschiedlich qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Boden habe gestampft werden müssen. Es handle sich um einen Eigenbetrieb mit einem Haushalt von rund 100 Mio. Euro. Das Maßnahmenvolumen in 2006 habe rund 5,5 Mio. Euro betragen; in 2005 weniger. In der Anfangszeit habe man möglichst schnell damit beginnen sollen und müssen, Menschen in Maßnahmen zu bringen und sich dabei auch Maßnahmen größeren Ausmaßes vorgenommen. Die Maßnahmen hätten, wie auch das Profiling, in Gang kommen müssen.

Als zuständiger Dezernent sehe er sich allein nicht dazu in der Lage, jede Einzelheit und jede einzelne Akte nachzukontrollieren.

Inzwischen seien seit Sommer letzten Jahres Veränderungen verfügt und auf den Weg gegeben (Eine schriftliche "Zusammenfassung der Veränderungen im Eigenbetrieb Neue Wege im 2. Halbjahr 2006" wurde in der Sitzung verteilt - Die Sitzung wurde für eine kurze Lesepause unterbrochen.). Man rechne fest damit, mit Unterstützung des Revisionsamtes den Eigenbetrieb auf den richtigen Weg zu bringen.

Der Erste Kreisbeigeordnete informierte weiter, der **Kreisausschuss** habe sich am vergangenen Montag ebenfalls sehr intensiv und mit unterschiedlichen politischen Einschätzungen mit dem Prüfbericht beschäftigt und dazu folgenden **Beschluss** gefasst:

"Der Kreisausschuss nimmt zum Bericht des Revisionsamtes wie folgt Stellung:
,Der Kreisausschuss nimmt den Bericht des Revisionsamtes zur Kenntnis. Er begrüßt die

seit dem Beginn des 2. Halbjahres 2006 eingeleiteten Reorganisationsmaßnahmen, wie sie in der ‚Zusammenfassung der Veränderungen im Eigenbetrieb Neue Wege im 2. Halbjahr 2006‘ beschrieben sind.

Er unterstützt auch die Schlussbemerkung des Revisionsamtes, dass auch zukünftig Prüfungen durch das Revisionsamt erforderlich sind, die über den normalen Umfang einer Kassenprüfung hinausgehen.“

Abgeordnete Hartmann dankte dem Revisionsamt für den Bericht und den durch dessen Vorlage gezeigten Mut. Die verteilte Zusammenfassung der Veränderungen im Eigenbetrieb bezeichnete sie dagegen eher als Ablenkungsmanöver von dem, was auf der Tagesordnung stehe, ein Ausweichen auf "Nebenkriegsschauplätze". Es handle sich um vage definierte Maßnahmen, die im Nachhinein zu dem Prüfbericht vorgelegt würden. Wichtige Informationen bzw. Anregungen als Konsequenz aus dem Bericht fehlten dagegen. An vielen Stellen des Prüfberichts werde die organisatorische und verwaltungstechnische Verantwortung des Betriebsleiters und derjenigen, die in der Verantwortung für die Rahmen- und Gesamtorganisation stünden, zumindest nach Bekanntwerden der PPA-Vorkommnisse, angesprochen. Hierzu werde in der verteilten Zusammenfassung der Veränderungen nichts gesagt.

Man müsse dagegen von möglichen Regressansprüchen ausgehen bis zur Klärung der Frage, ob Bundesmittel zurückgefordert werden könnten. (Gegen den von ihr gebrauchten Begriff "Mittel, die verloren gegangen sind" verwahrte sich der Erste Kreisbeigeordnete, da der Bericht nur davon spreche, dass mögliche Schäden nicht geprüft worden seien und man die Reaktion des Bundes abwarten müsse.)

Abgeordneter Kaltwasser fragte vor dem Hintergrund des verteilten Mitarbeiterbriefes und der Anmerkungen im Prüfbericht über Meldungen aus der Mitarbeiterschaft, ob sich bereits früher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch schriftlich zu Wort gemeldet hätten. Hierüber war dem Dezernenten nichts bekannt. Auch der Betriebsleiter habe nichts dergleichen gemeldet.

Abgeordneter von Hunnius äußerte sich unter Bezug auf die Abhandlung von Rechtsfragen im Prüfbericht kritisch zur unterstützenden Begleitung der in Sachen Hartz IV tätigen Behörden, so auch dem Hessischen Sozialministerium. Andere Kritikpunkte im Bericht zur laufenden Abwicklung der Geschäfte seien unbestritten, in nachvollziehbaren Fällen sei aber auch bereits gehandelt worden. Insofern könne und sollte nicht von "Nebenkriegsschauplätzen" gesprochen, sondern der Blick nach vorn gerichtet werden.

Abgeordnete Hechler sah weiter die Informationspflicht gegenüber der Betriebskommission im Hinblick auf die getätigten Vergaben verletzt. In diesem Zusammenhang werde man sicher noch etwas hören, selbst wenn die Betriebskommission Vergaben nachträglich billigen sollte. Eine mögliche strafrechtliche Relevanz für die Betriebskommissionsmitglieder sollte dabei nicht außer Acht gelassen werden. Man behalte sich vor, am 5. März einen Akteneinsichtsausschuss zu beantragen, um in die nach §§ 4 und 5 der mit dem Bund (BMWA) und dem Kreis geschlossenen Verwaltungsvereinbarung bis 28. Februar eines jeden Jahres zu erstattenden Berichte (praktisch Verwendungsnachweise) Einsicht nehmen zu können. Man gehe durchaus von finanziellen Schäden aus, was auch aus Passagen des Prüfberichts geschlossen werden könne. Dass die Betriebskommission zu dieser Thematik nie gehört worden sei, sei wohl unstrittig.

Seit Mitte 2006 sei der Eigenbetrieb ohne Betriebsleitung. Es stelle sich die Frage, wer die Verantwortung für die Berichte und Verwendungsnachweise jetzt übernehme.

Seit Juli gebe es Probleme, die verschleppt worden seien. Vom Dezernenten sei zwar ein

5-Punkte-Plan vorgelegt worden, im September habe es Anträge ihrer Fraktion mit zahlreichen Forderungen im Kreistag gegeben, die an den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und von dort an die Betriebskommission verwiesen worden seien. Getan habe sich bis heute nichts Erkennbares. Noch im Dezember habe sie nach einer Dienstanweisung zum Aktenführung fragen müssen, die Monate gebraucht habe.

Die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werde nicht verkannt und durchaus gelobt. Vom Besuch im Kreis Marburg-Biedenkopf wisse man aber auch, dass die Zahl von 1.500 Vermittlungen im Kreis Bergstraße nicht allzu hoch sei, zumal die Vermittlungen nicht allein durch den Eigenbetrieb Neue Wege, sondern auch durch andere Umstände (z.B. konjunktureller Art) zustande gekommen seien.

Man wolle für die Zukunft konstruktiv mitarbeiten. Die Vergangenheit müsse dazu aber aufgearbeitet werden, damit ein Neuanfang gemacht werden könne.

Der Erste Kreisbeigeordnete unterstrich die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Eigenbetriebes erbrachten Leistungen in Bezug auf die Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt und in Maßnahmen, auch im Vergleich zu Marburg-Biedenkopf. Im Hinblick auf die Aktenführung seien unmittelbar nach Ablösung des seitherigen Betriebsleiters im Sommer Mindeststandards verfügt worden. Die entsprechende Dienstanweisung habe letztendlich dann aber noch ausformuliert werden müssen. Es sollte nicht "alles schlecht geredet werden".

Fragen von Abgeordnetem Hoch bezogen sich darauf,

- ob und inwieweit von Anfang an mit anderen hessischen Optionskommunen, gegebenenfalls auch mit dem kommunalen Spitzenverband, eine Zusammenarbeit und Kontaktpflege stattgefunden habe, durch die sich viele Schwierigkeiten und Rechtsfragen im Sinne einer landesweit einheitlichen Regelung hätten vermeiden lassen können.

Der Erste Kreisbeigeordnete und Herr Burelbach verwiesen auf die Arbeitsgemeinschaft der hessischen Optionskommunen mit bayerischer und saarländischer Beteiligung, dem Deutschen und Hessischen Landkreistag und dem Hessischen Sozialministerium, in der Probleme besprochen würden. Überall gebe es Probleme und hinsichtlich der Vergabepraxis zeige sich, dass bisher keine einzige Optionskommune Leistungen ausschreibe, sondern diese freihändig an Träger vergebe. Der Erste Kreisbeigeordnete verwies noch einmal auf den Erlass des Hessischen Sozialministeriums (auf Nachfrage von Abgeordnetem Fiedler erklärte er, der Erlass könne, wenn er veröffentlicht worden sei, zur Verfügung gestellt werden). Die Betriebskommission habe die Verwaltung des Eigenbetriebs beauftragt, den Umgang mit Vergaben zu regeln.

- wie der Eigenbetrieb durch die zentralen Querschnittsämter der Kreisverwaltung, etwa für Personal, Organisation, Recht, im Interesse eines reibungslosen Betriebes betreut worden sei.

Der Erste Kreisbeigeordnete erklärte hierzu, dass es eine Betreuung gegeben habe, diese aber wohl hätte intensiver erfolgen können und sollen. Seit Mitte letzten Jahres werde hierauf geachtet. So sei etwa der Kassenleiter der Kreisverwaltung mit der Wahrnehmung der Kassengeschäfte des Eigenbetriebes beauftragt.

Bezüglich der Leitung des Eigenbetriebes sei es nach den öffentlichen Diskussionen nicht möglich gewesen, eine/n Mitarbeiter/in zur freiwilligen Übernahme dieser Funktion zu finden. In Konkurrenz mit Bundesorganen und anderen Optionskommunen sei die Position dann ausgeschrieben worden und jetzt zum 1. Februar zumindest mit einer Person neu besetzt.

Auch Abgeordneter Fiedler stellte Fragen nach der Verantwortung für die im Prüfbericht geschilderten Umstände:

- Der Dezernent habe in sein Amt eine "Rechte Hand" mitgebracht, die beim Kreis eine außergewöhnliche Karriere gemacht habe. Die Ergebnisse seien für ihn nicht nachvollziehbar und sprächen unter anderem für eine Arroganz der Macht. Was fehle, sei ein klares Bekenntnis des Dezernenten zu „seinem Mann“.
- Der Prüfbericht des Revisionsamtes besage eindeutig (Seite 15), dass anfängliche Versuche von Mitarbeitern im Jobcenter Heppenheim, Probleme im Zusammenhang mit PPA zu nennen und anzugehen, „unterbunden“ worden seien. Es sei nicht verständlich und nachzuvollziehen, dass, wenn Probleme aufgezeigt würden, hierauf nicht reagiert werde. Dies führe u. a. auch zu starker Resignation der Mitarbeiterschaft.
- Die in § 5 der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund geforderte Verwaltungs- und Finanzkontrolle sei nachweislich nicht erfolgt. Dass entsprechende Nachfragen vom Tisch gewischt worden, seien bleibe ebenfalls unverständlich und veranlasse, nach den Gründen zu fragen. Gerade im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss werde oft „von unser aller Steuergelder“ gesprochen. Er könne sich nun des Eindrucks nicht erwehren, dass leichtfertig mit diesen Steuergeldern umgegangen worden sei.
- Es verwundere ebenso der Vorgang, dass ein Sachbearbeiter als Zahlungsempfänger selbst Reisekosten in einer Auszahlungsanordnung sachlich und rechnerisch richtig gezeichnet habe.

Zu den Hinweisen des Vorsitzenden, dass der Prüfbericht auf irgendwelchen Wegen an die Öffentlichkeit gelangt sei und auf den Empfängerkreis des Berichts im Vorfeld der Beratungen, stellte er ausdrücklich fest, dass die Angehörigen der Opposition zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Besitz des Berichtes gewesen seien.

Der Erste Kreisbeigeordnete führte zum erneut angesprochenen Kontrollsystem und Berichtswesen aus, dass die monatlichen Zahlen abgestimmt worden seien und der Bericht für 2005 im Mai 2006 abgegeben worden sei. Nach Tätigwerden des Revisionsamtes habe es seitens des Bundes dann Informationen mit Vorgaben für die Ausgestaltung eines Verwaltungs- und Kontrollsystems und für den Inhalt des Eingliederungsberichtes gegeben. Die Unregelmäßigkeit bei den Reisekosten betrachte er als Einzelfall. Seitens der Vertreter des Revisionsamtes wurde auf Nachfragen aus der Mitte des Ausschusses die Nichtüberprüfbarkeit der Rechnungen von PPA infolge Unterbindens von Fragen nach unterschriebenen Teilnehmerlisten von Maßnahmen bestätigt.

Abgeordneter Figaj erklärte, man beschäftige sich zwar mit dem Bericht des Revisionsamtes und den darin festgestellten Fehlern der Betriebsleitung und eine Schadensermittlung sei nicht Auftrag des Revisionsamtes gewesen. Dies müsse auch nicht unbedingt getan werden, denn nach Meinung der Grünen gehe die Angelegenheit weit darüber hinaus in die Frage der Verantwortlichkeit und dort in die Verantwortung des damaligen Betriebsleiters für die meisten der festgestellten Fehler und Probleme und die des Ersten Kreisbeigeordneten als für den Eigenbetrieb zuständigen Dezernenten und Finanzdezernenten der Kreisverwaltung (Stichworte: Aufsicht über den Eigenbetrieb und die Betriebsleitung, Einhaltung haushaltsrechtlicher Bestimmungen, Nachvollziehbarkeit der Buchhaltung, Zulässigkeit von Korrekturen im Prosozverfahren, Schnittstellen in die Kreisverwaltung usw.). In der freien Wirtschaft würde nach solchen Fehlern und Nachlässigkeiten die gesamte Bilanz verworfen und es drohe eine Sonderprüfung und Steuerschätzung. Es könne von einer hochgradig "manipulativen Situation" ausgegangen werden.

Bei den getätigten Vergaben ergebe sich auf Grundlage des Prüfberichts eine Summe von rund 2,2 Mio. Euro, die eindeutig außerhalb des Vergaberechts und überdies an der Betriebskommission vorbei vergeben worden sei. Da verwundere es nicht, dass Verwendungsnachweise nicht oder nicht rechtzeitig abgegeben worden seien.

Der Erste Kreisbeigeordnete erklärte hierauf, dass das Prosozverfahren bereits seit Jahrzehnten in den Sozialverwaltungen im Einsatz sei. Bei dem Programm gehe es darum, Aufgaben im Sozialwesen zu bearbeiten und nicht um Buchführung und steuerliche Betriebsprüfungen an sich. Nicht alle Buchungen seien manuell durchgeführt worden. Zu berücksichtigen sei dabei auch die Ausgangslage, in der man kaum in der Lage gewesen sei, das Geld an die anspruchsberechtigten Menschen auszuzahlen. Falsche oder nicht ausreichende Zitate aus dem Prüfbericht seien deshalb wenig hilfreich. Nicht alles sei manipulativ, sondern nur die Rückläufe und kameralistisch gebe es den Gegencheck, inwieweit man sich im Haushaltsrahmen bewege.

Abgeordneter Dr. Greif stimmte vielen der gehörten Gesichtspunkte und Kritiken zu. Auch für ihn und die Koalition liege ein Prüfbericht vor, der alle Befürchtungen übertreffe. Es liege ein Organisationsversagen mit dilettantischer Arbeit von Seiten der Betriebsleitung, aber auch der Überwachung vor. Unverständlich bleibe, weshalb Kritik und Anregungen aus der Mitarbeiterschaft von Regionalleitern, Teamleitern, Jobcenterleitern nicht über die Betriebsleitung hinweg direkt an den Dezernenten herangetragen worden seien und es stelle sich auch die Frage, ob oder warum die kritischen Punkte nicht in Protokollen oder zumindest Aktenvermerken zur eigenen Absicherung festgehalten worden seien. Viele Fragen blieben auch bezüglich der Auswahl von Hilfesuchenden für die Vermittlung in Maßnahmen offen.

Bei allem sollte aber auch beachtet und berücksichtigt werden, dass es im zweiten Halbjahr 2006 nur eine kommissarische Betriebsleitung und ein politisches Vakuum gegeben habe. Insofern sei die Kritik, dass bestimmte Punkte und Forderungen noch nicht aufgegriffen worden seien, zwar richtig, jetzt sollte der neuen Betriebsleitung aber die Chance eingeräumt werden, etwas Neues auf den Weg zu bringen.

Der Erste Kreisbeigeordnete erklärte zum Auswahlverfahren für die Vermittlung in Maßnahmen, dass es seitens der Betriebsleitung eine grobe Anleitung für die Vermittlung gegeben habe, es im Einzelnen aber keine Dokumentationen der Vermittlungen gebe. Er sah es aber nach wie vor nicht als Aufgabe des Dezernenten, sich um die einzelnen Akten kümmern zu müssen.

Bezüglich der Protokollierung von Gesprächen, Kritiken, Anregungen und Vorschlägen sei er genauso von deren Fehlen überrascht. Ihm sei nicht bekannt, dass gesagt worden wäre, es sollten keine Protokolle gefertigt werden.

Ab sofort würden Protokolle, zumindest Ergebnisprotokolle, von den Teamgesprächen u. a. erstellt. Für die Vergangenheit schriftliche Aufzeichnungen nachzuvollziehen sei wenig sinnvoll.

Die Abgeordneten Kaltwasser, Hechler und Hartmann bezogen sich auf die Frage der Wahrnehmung der Betriebsleitungsfunktionen während der Vakanz der Stelle im zweiten Halbjahr 2006. Sie verwiesen auf die gesetzlichen Vorgaben zum Vorhandensein eines Betriebsleiters und auf Fälle beim Kreis in der Vergangenheit, in denen der jeweilige Dezernent (Herr Straub) durchaus die Aufgaben eines Betriebsleiters wahrgenommen und in dieser Zeit den Vorsitz in der Betriebskommission auf jemand anderes übertragen habe. Es bleibe die Frage, wer im zweiten Halbjahr 2006 Aufträge erteilt und Verträge unterzeichnet habe. Der Erste Kreisbeigeordnete wies hierzu darauf hin, dass als Interimslösung der Kassenleiter der Kreisverwaltung mit der Wahrnehmung der Kassengeschäfte des Eigenbetriebes (was leider in der Presse fehlinterpretiert worden sei) und fachlich die Regionalteamleiter (federführend der Leiter des Jobcenters Mörlenbach) mit der Aufgabenwahrnehmung beauftragt worden seien.

Die Abgeordneten Kaltwasser, Hechler und Hartmann thematisierten weiter ebenfalls die Frage, ob man sich im Kreisausschuss Gedanken um dienstrechtliche Konsequenzen in Bezug auf den früheren Betriebsleiter gemacht habe. Es sei wichtig, aus den geprüften Vorgängen im Eigenbetrieb Neue Wege Konsequenzen zu ziehen. Die Mehrheit warte vermutlich aber auf einen Antrag der Opposition, das Rechtsamt mit der Prüfung zu beauftragen, welche personalrechtlichen Konsequenzen gezogen werden müssten. Es könne aber doch nicht sein, dass von jemandem, der zudem in der Verwaltung gelernt habe, alles außer Kraft gesetzt werde. Insofern sei schon die Aufsichtsfunktion des Dezernenten und des Dienstherrn gefragt.

Der Erste Kreisbeigeordnete erklärte hierzu, dass man der Meinung gewesen sei, dass zunächst der Bericht des Revisionsamtes abgewartet werden sollte, bevor solche Überlegungen angestellt werden. Das Revisionsamt verweise im Abschlussgespräch zu der Frage nach rechtlichen Konsequenzen darauf, dass sich hierauf der Prüfungsauftrag nicht bezogen habe und es weder Staatsanwalt noch Ankläger sei. Er gehe davon aus, dass der Personaldezernent sehr sorgfältig überlegen und abwägen werde, was zu tun sei. Herr Hartl machte deutlich, dass allein der Dienstherr in der Frage dienstrechtlicher Konsequenzen entscheide.

Abgeordnete Hartmann griff noch einmal die Rückzahlungspflicht nach § 5 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund auf, von der sie auch den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss in seiner Verantwortung betroffen sah. Von daher sei es wichtig und richtig, zu prüfen, welche Schäden zum Beispiel durch Vernachlässigung der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen entstanden seien und welche Ansprüche vom Bund gegenüber dem Kreis Bergstraße geltend gemacht werden könnten.

Der Vorsitzende ging hierzu davon aus, dass dies der Ausschuss nicht werde leisten können. Auch im Bericht des Revisionsamtes sei darauf hingewiesen worden, dass eine Bezifferung möglicher Schäden nur durch zusätzliche Prüfungen möglich werde. Dazu müsse aber die Verwaltung unter Einbindung des Revisionsamtes beauftragt werden.

Der Erste Kreisbeigeordnete wies ergänzend darauf hin, dass der gesamte Bereich der Unterhaltsansprüche im Sozialwesen für die Zukunft neu aufgestellt werden solle. Dass Schäden entstanden seien, könne heute niemand beweisen. In der Hartz IV-Gesetzgebung gebe es leider eine Vielschichtigkeit, mit der so niemand gerechnet hätte. Zu dem immer wieder angesprochenen „Verwendungsnachweis“ für die Bundesmittel gemäß der Verwaltungsvereinbarung stellte er fest, dass es einen solchen nicht geben könne, weil man es nicht mit Zuwendungen des Bundes zu tun habe, sondern mit einer pauschalen Mittelbereitstellung zur Weiterleitung an die Hilfebedürftigen. Die Bediensteten des Eigenbetriebes hätten zu 95 % ordnungsgemäße Arbeit geleistet, weil kein Ermessen beim Arbeitslosengeld II und auch bei der Unterkunft bestehe.

Im bevorstehenden Gespräch mit dem Hessischen Sozialministerium, bei welchem sicher Erfahrungen aus anderen Optionskommunen vorlägen, wolle er eruieren, wie die Situation anderenorts aussehe und wie dort die Probleme gelöst werden oder werden sollen. Ein möglichst landesweit einheitliches Verfahren sollte angestrebt werden und diesbezüglich wolle er die Vorstellungen des Sozialministeriums erfragen. Erst dann sollten, wenn Schäden entstanden seien, diese ermittelt werden. Schon jetzt damit anzufangen bedeute, erhebliches Personal in einer Arbeitsgruppe zu binden.

Abgeordneter Dr. Vonderheid betonte, dass auch seine Fraktion von dem Prüfbericht nicht erbaut gewesen sei und man sicher nicht nonchalant daran vorbeigehe. Er erinnerte aber

an die im 2. Halbjahr 2006 ergriffenen Maßnahmen, wie Abberufung des Betriebsleiters oder der 5-Punkte-Plan. Festzustellen bleibe aber, dass der Prüfbericht Dinge aufzeige, die den Kenntnisstand seiner Fraktion übertroffen hätten.

Jetzt sollte allerdings der Blick nach vorn gerichtet werden, wie etwa in Zukunft mit Maßnahmen und deren Vergabe/Ausschreibung umgegangen werden solle. Mit Blick darauf sei die Eigenbetriebssatzung bereits im letzten Jahr zur Stärkung der Betriebskommission geändert worden (Entscheidung über alle Maßnahmen). Es sei nun Aufgabe der Kommission, zusammen mit dem neuen Betriebsleiter anstelle einer, so der Eindruck, Willkürlichkeit eine Maßnahmenstrategie für einen Mix aus verschiedenen Anbietern und Trägern zu entwickeln. Die Frage, ob und wie die Maßnahmen ausgeschrieben werden müssen, bedürfe noch der Klärung in Betriebskommission, Kreisausschuss und Verwaltung. Anderes, wie z.B. nachprüfbar Rechnungen und sachlich und rechnerische Bestätigungen müssten geregelt werden. Positiv könne festgestellt werden, dass man sich in der Verwaltung seit dem Bericht nicht zurückgehalten habe, sondern dass etwas unternommen worden sei. Eine Übernahme der Betriebsleitung durch den Dezernenten wäre sicher wünschenswert gewesen, um den „Stall des Augias“ auszumisten. Seit dem 1. Februar gebe es nun wieder einen Betriebsleiter, dem die Chance gegeben werden sollte, die vom Dezernenten begonnen Aufräumarbeiten der vergangenen 6 Monate weiterzuführen. Deren Erfolge würden aber sicher erst geraume Zeit später sichtbar. Deshalb sollte zum 1. Juli oder Jahresende 2007, erneut geprüft werden.

Die Frage, ob mit Steuergeldern vernünftig und richtig umgegangen worden sei, sei eine Frage für den Landesrechnungshof und nicht für das Revisionsamt des Kreises. Eine vergleichende Prüfung aller Optionskommunen in Hessen wären deshalb sinnvoll.

Wenn die Wirtschaftsprüfer im Rahmen ihrer Prüfung des Jahresabschlusses 2004/2005 oder später feststellen sollten, dass Schadensersatzforderungen gestellt werden könnten, sei davon auszugehen, dass von diesen dann die Forderung kommen werde, entsprechende Rückstellungen zu bilden. Die Prüfung der Wirtschaftsprüfer finde, da gesetzlich vorgeschrieben, auf jeden Fall statt. Deshalb bestehe kein Anlass, heute aktionistische Forderungen aufzustellen.

Abgeordnete Hechler mahnte noch einmal die „Verwendungsnachweise“ für die Bundesmittel an, die nach der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zum 28. Februar eines jeden Jahres erstattet werden müssen sowie das Verwaltungs- und Kontrollsystem.

Ferner bemängelte sie nachdrücklich, dass die Betriebskommission schon seit Monaten nicht mehr getagt habe. Auch ein Antrag, die Kommission einzuberufen, sei ohne Folgend geblieben. Eine Sitzung Ende Februar bedeute jedenfalls nicht Anfang des Jahres, wie dies einmal angekündigt worden sei.

Man habe in der Betriebskommission unbestreitbar Zusammenarbeit angeboten, weil dort wertvolle Vorarbeiten für die Arbeit des Eigenbetriebes geleistet werden könnten. Bezüglich des Konzeptes für den Eigenbetrieb gebe es aber nichts Neues, ebenfalls nichts zu dem 5-Punkte-Plan. Auch zu den vom Haupt-, Finanz- und Personalausschuss an die Betriebskommission verwiesenen Anträge ihrer Fraktion gebe es noch keinerlei neue Erkenntnisse.

Abgeordneter Dr. Greif hatte noch kritische Fragen zur bisherigen Handhabung der Maßnahmenverwaltung, der Vermittlung in Maßnahmen, dem Vorhandensein von Kennzahl und die Anwendung eines Benchmarkings im Sinne eines Qualitätsmanagements vor dem Hintergrund von Sinnhaftigkeit und sorgsamem Umgang mit Steuergeldern.

Der Erste Kreisbeigeordnete verwies auf die Aktivitäten und Beschlüsse der Betriebskommission für die Zukunft (Einführung von Vierteljahresberichten, Besuche und Austausch mit anderen Optionskommunen usw.). Der Eigenbetrieb nehme am Vergleichsring der Bertelsmann-Stiftung teil. Der Eigenbetrieb Neue Wege sei jedenfalls nicht der Betrieb, der Steuergelder verschleudere.

Zu dem wiederholt angesprochenen Berichtswesen wies er noch einmal darauf hin, dass der Bericht für 2005 im Mai 2006 abgegeben worden sei, unterschrieben vom damaligen Betriebsleiter. Am Bericht für 2006 werde zurzeit gearbeitet, damit er zum 28. Februar abgegeben werden könne, unterschrieben vom neuen Betriebsleiter.

Frau Ende erklärte auf Fragen, dass es bezüglich des Berichtes 2005 auf Nachfragen vom damaligen Betriebsleiter keine Reaktionen gegeben habe und man erst im Dezember nach Abschluss der Prüfungen von dem Bericht erfahren habe, der aber nicht den Vorstellungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gerecht werde und keine Aussage darüber mache, wie ein Kontrollsystem aussehen solle.

Vorsitzender Schneider sah hierdurch die Notwendigkeit bestätigt, derartige Prüfberichte wie der des Revisionsamtes nach ihrer Beendigung mit der Verwaltung abschließend durchzusprechen, bevor sie herausgegeben werden, da dadurch noch so manche Fragen geklärt werden könnten. Der Erste Kreisbeigeordnete ergänzte, dass die Stellungnahme der Verwaltung in den Prüfbericht eingearbeitet und nicht als Abschlussvermerk beigefügt werden sollte, um eine bessere Lesbarkeit und Verständlichkeit zu erreichen.

Abgeordneter Figaj bezeichnete abschließend den Bericht des Revisionsamtes in seiner Gesamtheit als vernichtendes Urteil. Er erneuerte seine Feststellung, dass zwar eine Verantwortung der ehemaligen Betriebsleitung gesehen werde, aber auch eine übergeordnete Gesamtverantwortung des Dezernenten und stellte die Frage nach Konsequenzen, die der Erste Kreisbeigeordnete erneut mit dem Hinweis auf die zwischenzeitlich ergriffenen Maßnahmen beantwortete.

Vorsitzender Schneider betonte abschließend zum wiederholten Male und mit besonderem Nachdruck, dass der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss kein Sonderorgan des Kreises Bergstraße sei, in dem alles abgeladen werde, was hier nicht hingehöre. Die heute angesprochenen Punkte müssten dort bearbeitet werden, wo sie hingehörten und nicht in den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss.

Den Prüfbericht des Revisionsamtes habe der Ausschuss zur Kenntnis zu nehmen. Er beinhalte aber Dinge, die ausschließlich durch Kreisausschuss und/oder die Betriebskommission zu regeln seien.

Wenn jetzt von „Aufräumarbeiten“ gesprochen werde, stimme dies so nicht, sondern es seien Dinge nachzuholen, die am Anfang versäumt worden seien. Dazu wünschte er dem neuen Betriebsleiter alles Gute.

Er regte an, zeitnah eine Sitzung der Betriebskommission einzuberufen, in der alle angesprochenen Fragen angesprochen und geklärt werden können.

Im Zuge der Aussprache wurden ferner zahlreiche Einzelfragen zu weiteren im Prüfbericht geschilderten Vorgängen und Aussagen beantwortet.

Auf Antrag von Abgeordnetem Kaltwasser **fasste** der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss alsdann vor der abschließenden Beschlussfassung **folgenden Beschluss:**

"Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich aus dem Prüfbericht möglicherweise ergebende arbeits- und disziplinarrechtliche Aspekte und Konsequenzen zu prüfen und darüber dem Haupt-, Finanz- und Personalausschuss zu berichten."

Dieser Beschluss wurde mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen gefasst.

Der Vorsitzende sah vor der Abstimmung in diesem Beschluss keine Aufgabe des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses sondern des Kreisausschusses, womit er seine Stimmenthaltung begründete.

Der Ausschuss **fasste** alsdann nach Vortrag des Vorsitzenden **folgenden Beschluss:**

„Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss nimmt den Bericht des Revisionsamtes vom 21. November 2006 zur Kenntnis. Die darin festgestellten Defizite übertreffen die Befürchtungen des Kreistages aus dem Sommer 2006. Gleichzeitig ist dies jedoch eine Bestätigung des vorgelegten 5-Punkte-Planes und hat dazu beigetragen, die aufgezeigten Mängel abzustellen.“

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, der neuen Eigenbetriebsleitung mit diesen Maßgaben die Chance zu geben, den Eigenbetrieb Neue Wege im Interesse der betroffenen Arbeitssuchenden, der Mitarbeiter und des Kreises Bergstraße insgesamt positiv weiterzuentwickeln und die Arbeit erfolgreich fortzusetzen.

Die Betriebskommission wurde im Sommer 2006 mit umfangreichen Rechten ausgestattet und in die Lage versetzt, die in der Vergangenheit aufgetretenen Fehler künftig auszuschließen.

Mit einer von externer Stelle durchgeführten Evaluierung soll umgehend geprüft werden, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang dem Kreis Bergstraße durch die mangelhafte Organisation Schaden entstanden ist. Über das Ergebnis der Evaluierung ist dem Haupt-, Finanz- und Personalausschuss sowie der Betriebskommission des Eigenbetriebes Neue Wege innerhalb von maximal drei Monaten Bericht zu erstatten.

Weiterhin soll bis 31. Dezember 2007 eine zweite Prüfung des Eigenbetriebes Neue Wege stattfinden.“

Der Beschluss wurde mit 8 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen gefasst.

Abgeordneter Fiedler sah vor der Abstimmung in einigen Punkten Klärungsbedarf, weshalb sich die Vertreter seiner Fraktion heute der Stimme enthielten.

Punkt 2: Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen

Punkt 2.1: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Genehmigungsvorgang des Regierungspräsidiums Darmstadt zum Haushalt 2007

Die Genehmigungsvorgang des Regierungspräsidiums in Darmstadt für den Haushalt 2007 vom 19. Dezember 2006 wurde den Mitgliedern des Ausschusses in der Sitzung ausgehändigt.

Die Sitzung wurde um 11:45 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:

gez. Schneider

Schriftführer:

gez. Fasser